



K O N F E R E N Z   N O R D D E U T S C H L A N D



## ***Norddeutschland: Zentrum der Energiewende***

### ***Gemeinsame Position der Konferenz Norddeutschland (KND) mit den norddeutschen Gewerkschaften und dem Unternehmerkuratorium Nord (UKN)***

- 30. November 2023 -

**Aus Anlass ihres Treffens zum gemeinsamen Energiekonvent am 30. November 2023 erklären die Regierungschefin und die Regierungschefs der norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam mit den norddeutschen Gewerkschaften und dem Unternehmerkuratorium Nord:**

Norddeutschland ist der Energiestandort der Zukunft und Vorreiter bei der Transformation von Industrie und Stromerzeugung. Die Region kann mit ihrer vielfältigen Hafenlandschaft eine weltweit beispielgebende Modellregion werden, in der eine zuverlässige, bezahlbare und klimaneutrale Energieversorgung mit guten Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherung einhergeht.

Die Rahmenbedingungen sind vorteilhaft: Die Nähe zum Meer und damit kurze Wege zu grünem Strom machen Norddeutschland in Kombination mit seiner Hafen- und Schieneninfrastruktur zum idealen und unverzichtbaren Zentrum der Energiewende. Die norddeutschen Häfen sind Dreh- und Angelpunkt für den Ausbau der Offshore-Windenergie und mit ihren Importterminals für Flüssigerdgas Grundlage für den Ausbau eines Wasserstoffnetzes. Hinzu kommt ein historisch einzigartiger gemeinsamer politischer Wille von fünf Ländern. Nie zuvor bestand eine so große Einigkeit zwischen Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg, ein vergleichbares Vorhaben anzugehen.

Schon seit Jahren treibt Norddeutschland den Ausbau von Energieinfrastruktur und tech-

nologischer Innovation voran – zum Gewinn der gesamten Bundesrepublik. Doch es bestehen noch Hemmnisse. Ein einheitlicher Strompreis bei uneinheitlichen Verteilnetzentgelten, mitunter lange Genehmigungsverfahren sowie ein mangelnder Ausbau der Netzinfrasturktur wirken diesem Pioniergeist entgegen. Auch das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie die Sperrung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) dürfen nicht zum Rückschlag für Innovation und die Energiewende werden. Zahlreiche, auch in diesem Papier erwähnte Vorhaben sind bzw. waren an die Finanzierung aus dem KTF und dem WSF geknüpft. Der Bund muss deshalb jetzt zügig Klarheit schaffen, wie die ambitionierten Ziele dennoch erreicht werden können.

Um die norddeutsche Dynamik fortzuführen bzw. zu intensivieren und eine gesamtdeutsche Entwicklung zu fördern, müssen alle Länder und der Bund gemeinsam vorangehen. Denn das Engagement der norddeutschen Länder dient auch dem Wohl der anderen Länder und Regionen. Um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen, müssen allerdings die Rahmenbedingungen optimiert und eine Reihe von weiteren Schritten in den Bereichen *Energieversorgung*, *Industriepolitik* und *Fachkräftegewinnung* unternommen werden.

## **Energie**

Für das Erreichen der Klimaziele ist der Umbau von Energieinfrastruktur und -erzeugung erforderlich. Ziel ist unter anderem die Dekarbonisierung und Klimaneutralität der Industrie. Die Nutzung von Gas ist als Übergangslösung angelegt und der transformative Charakter dieses Energieträgers wird untermauert durch den russischen Angriffskrieg, die damit einhergehende Erschütterung der weltweiten Energiemärkte und die sich zuspitzenden Auswirkungen des Klimawandels. Deutschland hat das Potenzial, vollständig auf günstige und klimafreundliche Energieerzeugung umzustellen. Dieses Potenzial muss nun gehoben werden. Dass Norddeutschland hierbei eine zentrale Rolle zukommt, hat eine Reihe von Gründen.

Die Potenziale insbesondere für Windkraft, sowohl an Land als auch in Offshoreparks, sind nirgendwo in Deutschland so groß wie in den nördlichen Ländern. Dieser Standortvorteil resultiert nicht nur aus der Anbindung an das Meer, sondern auch aus einem signifikanten Vorsprung durch einen frühzeitigen und seither beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien.

Das gilt nicht nur für die unmittelbare Erzeugung von Energie, sondern auch für Umwandlung, Transport und Veredelung mittels Elektrolyseuren, Terminals, Pipelines, den HyperLink-Projekten, dem Innovations- und Technologiezentrum Wasserstofftechnologie Nord (ITZ Nord) sowie dem Norddeutschen Reallabor.

Die Wasserstoffinfrastruktur mit den LNG-Terminals in den norddeutschen Häfen und die norddeutsche Wasserstoffstrategie sind für das sektorübergreifende Erreichen der Klimaschutzziele von großer Bedeutung. Das gesamte Bundesgebiet profitiert auch technologisch von den Innovationen des Nordens. Norddeutschland ist an die geplanten Wasserstoffkern- und -verteilnetze optimal anzuschließen.

Es gibt noch immer eine Vielzahl an Faktoren, die diesen Weg ausbremsen. So kommt es zu oft vor, dass norddeutsche erneuerbare Potenziale nicht genutzt werden und ganze Windparks abgeschaltet werden müssen, da Energieüberschüsse aus regulatorischen Gründen vor Ort nicht genutzt und auch nicht nach Süden transportiert werden können, wo mehr als die Hälfte des Stroms aus nicht-erneuerbaren Energien erzeugt wird. Dieser Mechanismus macht den Strom im Westen und im Süden zwar billiger, aber nicht klimafreundlicher und bundesweit gesehen sogar unwirtschaftlich. Ursachen sind fehlende Stromtrassen, ein unzureichender Ausbau von erneuerbarer Energieerzeugung in energieintensiven Regionen und bundesweite Regelungen des Strommarktes.

Es gilt deshalb, vor Ort und bundesweit die Weichen zu stellen, um diesen Weg nicht auszubremsen, sondern zu beschleunigen:

- Die Anpassung der Verteilnetzentgelte muss ergebnisoffen geprüft werden, um eine faire Verteilung der Kosten der Energiewende auf alle Länder zu gewährleisten. Der engagierte Ausbau von energetischer Infrastruktur darf nicht zu proportional höheren Verteilnetzentgelten führen. Vielmehr sollte ein Anreiz zum Ausbau erneuerbarer Energien bestehen. Dadurch kann die norddeutsche Wirtschaft entlastet und der Industriestandort nachhaltig gesichert werden.
- Ebenso muss die auf EU-Ebene laufende Untersuchung über die einheitliche Strompreiszone in Deutschland berücksichtigt werden. Strom soll dort günstig sein, wo er in großen Mengen und erneuerbar erzeugt wird. Das gilt insbesondere, wenn der Trassenausbau durch Länder ausgebremst wird, die von den einheitlichen Strompreisen profitieren. Wenn im Ergebnis die Aufteilung in mehrere Strompreiszonen dazu führen würde, dass die Netzengpässe reduziert und damit verbundene Kosten zum Einspeisemanagement und Redispatch minimiert würden, ohne die Versor-

gungssicherheit, die Liquidität des Strommarktes und die Anreize für den kontinuierlichen EE-Ausbau zu gefährden, sollte dieses Instrument erwogen werden.

- Die Wirtschaft steht vor einer langen Übergangsphase, in der Strom bezahlbar gehalten und Anreize für nachhaltige Kostensenkungen mit Klimakomponente gesetzt werden müssen. Ein sicherer Weg zur Kostensenkung erfordert drei Elemente: Erstens eine zielgerichtete Entlastung bei den staatlich induzierten Strompreisbestandteilen, zweitens eine Stärkung des direkten Ausbaus erneuerbarer Energien mit der Wirtschaft (Strompartnerschaften) und drittens die Gewährleistung wettbewerbsfähiger Energiepreise für energieintensive Unternehmen. Auch das kürzlich von der Bundesregierung beschlossene Strompreispaket kann hierzu beitragen. Nun muss schnell geklärt werden, auf welche Weise die Unternehmen auch vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts real entlastet werden können. Angesichts der steuerlichen Entlastungen wird es zudem umso wichtiger, den Transformationsaspekt nicht aus den Augen zu verlieren und mit Nachdruck die Umstellung auf Erneuerbare Energien und die Bereitstellung von Flexibilitäten zu forcieren.
- Der Bau der Stromtrassen des sogenannten „Klimaneutralitätsnetzes“ gemäß Netzentwicklungsplan muss zügig umgesetzt werden, um norddeutschen Strom in die energieintensiven und bevölkerungsreichen Regionen im Westen und Süden zu bringen.
- Um das Abschalten und Vergüten von Energieerzeugungsanlagen zu vermeiden, soll die Sektorenkopplung in Norddeutschland vorangetrieben werden. Der Ausbau von Elektromobilität, Wärmepumpen sowie der verfügbaren Kapazitäten zur Erzeugung, Speicherung und Transport von Wasserstoff sind wichtige Erfolgsfaktoren für die Energiewende.
- Genehmigungsverfahren bei Energieträgerwechsel müssen beschleunigt werden, um der Industrie zu ermöglichen, im Transformationsprozess Schritt zu halten. Eine angemessene Personalausstattung in den Genehmigungsbehörden ist hierfür Grundlage. Digitalisierte Genehmigungsprozesse sowie digitale Lösungen zur Steuerung von Angebot und Nachfrage können zudem für höhere Effizienz und schnelleren Ausbau sorgen.
- Norddeutschland soll Kraftzentrum für die Entwicklung, Herstellung, Verknüpfung sowie der skalierbaren Anwendung dezentraler Systeme wie Wind, Solar, Wasserstoff und Geothermie sein, was auch für kleinere und mittlere Unternehmen verschiedener Sektoren große Potenziale birgt.

- Dasselbe gilt für innovative Speichertechnologien sowie eine intelligente Verbrauchssteuerung. Unternehmen sollen Zeitfenster mit negativen oder niedrigen Marktpreisen für flexible Lasten wie Speicher nutzen. Solche dezentralen Speicherlösungen können zur Eigenversorgung von Industriegebieten beitragen.
- Energetisch kompatible Unternehmen sollen sich gegenseitig unterstützen (z.B. durch Abwärmenutzung in Müllverbrennungsanlagen)

## **Industrie**

Norddeutschland ist Industriestandort und soll es auch bleiben. Neben den rein energiepolitischen Aspekten von günstigen, verfügbaren und erneuerbaren Energieträgern gibt es eine Reihe weiterer Faktoren, die für die dauerhafte Sicherung des Industriestandortes relevant sind.

Die norddeutschen Länder stimmen sich in Fachthemen der Industriepolitik eng ab und haben gemeinsame Strategien und Ansätze entwickelt, die erfolgreich umgesetzt werden. Daneben erfolgen regelmäßige Austausche mit Industrie- und Handelskammern, den Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, die sich auch in der Ausrichtung des norddeutschen Energiekonvents manifestieren.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen sollte sich die norddeutsche Industriepolitik insbesondere den folgenden Aspekten widmen:

- Es gilt, bundesweit deutlich zu machen, welche Bedeutung die norddeutschen Häfen und die maritime Wirtschaft für die Bundesrepublik Deutschland haben. Ohne die maritime Wirtschaft mit ihren auszubauenden Infrastrukturen wird die Energiewende in Deutschland nicht gelingen. Schiffbau, Hafenumschlag, Hinterlandanbindung und die Rolle der Häfen als Hubs für Klimatechnologie und eine nachhaltige Energieversorgung sollten stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Die norddeutschen Häfen müssen im gesamtdeutschen Interesse gestärkt werden. Sie sind die Anbindung der deutschen Unternehmen an globale Absatzmärkte, Lieferketten Ausgangs- und Knotenpunkte der Energieversorgung. Der Bund muss sich deshalb an Investitionen in Hafeninfrastruktur beteiligen.
- Genehmigungsverfahren bei Neuansiedlung und Vorhaben bestehender Unternehmen sowie Planungs- und Genehmigungsprozesse, insbesondere bei Infrastrukturprojekten, müssen beschleunigt werden. Insofern bekräftigen die norddeutschen Länder ihre Erwartung, dass der Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung durch die Länder und den Bund nunmehr zügig umgesetzt wird und fordern

den Bund auf, das hierfür vereinbarte Verfahren einzuleiten.

- Es bedarf eines nachhaltigen Flächenmanagements und der Bereitstellung von Flächen für Industrieansiedlungen (GI), etwa durch die Nutzung von Konversionsflächen. Flächen müssen durch leistungsfähige und nachhaltige Transportstrukturen, insbesondere Gleisanschlüsse, angebunden werden.
- Es braucht ganzheitliche Strukturen zum Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft mit Herstellung bzw. Beschaffung, Transport, Speicherung und Verwendung.
- Norddeutschland sollte sich bei Investitionsförderungen in klimaneutrale Produktionen weiterhin eng abstimmen und gemeinsame Entscheidungen anhand von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien wie Transformationsverpflichtung und Standorttreue treffen.

### **Fachkräftesicherung und Fachkräftegewinnung**

Ohne Fachkräfte ist der größte Standortvorteil wirkungslos. Die vielfältigen Herausforderungen der technologischen Transformation z.B. in der Hafen- und Energiewirtschaft können nur durch hochqualifizierte Beschäftigte bewältigt werden. Norddeutschland wird seine Fachkräfte nur halten und neue hinzugewinnen können, wenn hierfür eine Reihe von Maßnahmen konsequent vor Ort und im Bund verfolgt werden. Im Wesentlichen zählen hierzu die Vereinfachung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, die Attraktivitätssteigerung der Standorte als Wohn- und Arbeitsort sowie Qualifizierungs- und Beratungsangebote. Im Einzelnen:

- Es bedarf einer Stärkung der beruflichen Bildung im Sinne einer öffentlich wahrnehmbaren Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Damit einher geht ein Bekenntnis zur dualen Berufsausbildung und ihren Qualitätsstandards, um Fachkräfte bestmöglich auszubilden und Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bieten. In diesem Zusammenhang ist auch die Berufsorientierung an Schulen, insbesondere an Gymnasien von großer Bedeutung.
- Zentral für die Gewinnung von Fachkräften ist die Vereinfachung der Fachkräfteeinwanderung sowie die Förderung der Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten. Dazu gehören insbesondere die Förderung des Arbeitsmarktzugangs von Zugewanderten durch Bürokratieabbau, eine vereinfachte Berufsanerkennung, angemessene Rahmenbedingungen für Vermittlungsagenturen, Beratungs- und Schutzangebote für Fach- und Arbeitskräfte aus EU- und Drittstaaten sowie ein zügiges und

vollumfänglich digitalisiertes Visaverfahren.

- Stabile Arbeitsverhältnisse und attraktive Arbeitsbedingungen sind ein Schlüssel zur Fachkräftesicherung, weshalb insbesondere die hohe Bedeutung der Sozialpartnerschaft in Norddeutschland zu betonen ist.
- Die Stärkung der MINT-Fächer in Schulen und Hochschulen muss weiter vorangetrieben werden. Zudem ist die Förderung von Wirtschaftsthemen sowie Themen der Berufs- und Arbeitsweltorientierung in der Bildung auszubauen.
- Um die Erwerbsbeteiligung von Erziehungsberechtigten zu steigern, muss es weitere Erleichterungen der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben geben, etwa durch bessere Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote und die Umsetzung flexibler Arbeitszeitmodelle.
- Die Wohn- und Verkehrssituation stellt viele Arbeitnehmer:innen vor organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Während in Städten und Ballungszentren insbesondere die Verfügbarkeit und die Kosten des Wohnens eine Belastung darstellen, ist im ländlichen Raum die Verkehrsanbindung oft unzulänglich ausgebaut. Es bedarf sowohl einer Aufrechterhaltung bzw. Ankurbelung des Wohnungsbaus zur Stabilisierung der Mietpreise als auch des Ausbaus von Wohnheimen für Auszubildende und Studierende. Zur guten Erreichbarkeit von Arbeits- und Wohnort müssen entsprechend ausgebaute bezahlbare ÖPNV/SPNV-Angebote verfügbar sein.
- Für attraktive Lebens- und Wohnbedingungen sind zudem gute Angebote der Daseinsvorsorge eine Voraussetzung. Diese sind durch eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur und einen modernen und attraktiven öffentlichen Dienst abzusichern.